

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
www.bund-niedersachsen.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



13. August 2014

Ausbau der Windenergie in Niedersachsen nur wenn Biologische Vielfalt gesichert wird.

Der BUND Landesverband Niedersachsen e.V. (BUND) unterstützt die Absicht der Landesregierung die Windenergie in Niedersachsen als wesentliches Standbein der Energiewende auszubauen, wie von der Staatssekretärin des Umweltministeriums am 12. August angekündigt.

„Das Ausbauziel von 20 GW bis 2050 kann ein Wert sein, den man als Zielvorgabe verfolgt“, so Stefan Ott, stellvertretender Geschäftsführer des BUND. „Wir fordern aber vom Land, dass gleichzeitig die Bemühungen verstärkt werden, den Energieverbrauch in Niedersachsen deutlich zu reduzieren und veraltete Windkraftanlagen durch Repowering durch leistungsfähigere zu ersetzen. Denn, was wir an Strom nicht verbrauchen muss gar nicht erst produziert werden, und was durch moderne Anlagen an geeigneten Standorten alter Rotoren entsteht, dafür brauchen wir keine neue Flächen.“

Der BUND befürwortet außerdem, dass der Ausbau der Windenergie schrittweise erfolgt und durch Landesplanung und Raumordnung gesteuert wird. „Wir fordern außerdem, dass der weitere Ausbau der Windkraft in Niedersachsen durch ein gezieltes landesweites Monitoringprogramm begleitet wird, bei dem besonders die von den Rotoren gefährdeten Arten gezielt in den Blick genommen werden“ so Stefan Ott. Damit soll eine (politische) Fehlsteuerung vermieden werden, wie es bei der Förderung der Biogasanlagen geschehen ist und weshalb wir heute die „Vermaisung“ von Niedersachsen beklagen. In regelmäßigen Abständen soll die Landesregierung dem Landtag und der Bevölkerung eine Bilanz vorlegen, was an Ausbau der Windenergie geschafft ist und dass die dadurch potenziell tangierten Tierarten in Niedersachsen nicht leiden. So kann der schrittweise Ausbau der Windenergie auf seine Umweltverträglichkeit hin beurteilt und – bei nicht akzeptablen Ergebnissen – gegengesteuert werden.

Aufgabe der Landesregierung ist außerdem sicherzustellen, dass die Bevölkerung in Niedersachsen dabei mitzieht und die Akzeptanz nicht verloren geht. Wo ausgebaut werden soll muss frühzeitig unter Einbeziehung aller relevanten Informationen und der Bevölkerung diskutiert und durch Landesplanung und Raumordnung festgelegt werden.

Rückfragen zum Thema an:

Dr. Stefan Ott
Stellvertretender Geschäftsführer
BUND Landesverband Niedersachsen
Tel. (0511) 965 69 – 13, (0175) 5650852
E-Mail: stefan.ott@nds.bund.net

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) ist bundesweit mit mehr als 510.000 Mitgliedern, Spendern und Förderern der größte Umweltverband Deutschlands. In Niedersachsen zählt der Verein rund 33.000 Mitglieder und Förderer. Der Verein ist vom Staat als Umwelt-/Naturschutzverband anerkannt. Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Vision: ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt.